

Hannover, den 07.12.2009

Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung

■. Abgeordneter Ralf Briese (Grüne)

Platzverweise gegen Jugendliche per Polizeigesetz – ein Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ?

Die Polizei in Hannover hat kürzlich über hundert Jugendliche per Platzverweis von einem See in Hannover vertrieben, da von diesen angeblich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nach § 17 NSOG ausgegangen sei. Die polizeiliche Aktion hat Unverständnis und Kritik von lokalen Politikern und auch Medien nach sich gezogen, da die Maßnahme als überzogen und damit unverhältnismäßig bewertet worden ist. Insbesondere der verfassungsrechtliche und auch polizeirechtliche Grundsatz der Angemessenheit der Mittel sei nicht beachtet worden kritisieren die Beobachter.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum war das Verhalten der Polizei nach § 4 Abs. 1 NSOG verhältnismäßig, wenn alle Jugendlichen per Platzverweis vertrieben worden sind und welche alternativen Maßnahmen hat die Polizei geprüft?
2. Sind die gleichen Jugendlichen bereits wiederholt bei illegaler Müllentsorgung erwischt worden?
3. Warum wurden die Jugendlichen am Altwarmbüchener See nicht zur ordnungsgemäßen Müllentsorgung von der Polizei aufgefordert?

Ralf Briese